

Interview

Endspiel: Euro könnte Ziel einer Attacke von Spekulanten werden

Deutsche Wirtschafts Nachrichten
01.05.16

Wenn die EZB die Lage nicht unter Kontrolle hält, könnte der Euro von Spekulanten angegriffen werden. Als Vorbild würden die Attacken von George Soros auf europäische Währungen dienen.



Ein finnischer Euro. (Foto: dpa)



Investor George Soros im Oktober 2012 in Berlin.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Ist die Euro-Krise überwunden? In welcher Verfassung sehen Sie den Euro?*

Claudio Celani: Die Euro-Krise ist nicht überwunden. Ich denke eher, dass der Euro es nicht mehr lange machen wird. Der Euro ist eigentlich von Anfang an eine tote Währung gewesen. Seine Einführung war eine geopolitische Idee, die völlig von der Kredit- und Realwirtschaft abgekoppelt ist. Er ist eine rein monetäre Währung, die niemals funktionieren konnte.

Nur, die anhaltenden Erwartungen eines nominellen Wachstums im Euroraum bis 2008 haben den *rigor mortis* verzögert. Spätestens nach dem Ausbruch der Finanzkrise ist das klar geworden. Wenn die Wirtschaft eine Währung unterstützen muss, und nicht umgekehrt, ist die Währung tot.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Halten Sie es für möglich, dass gegen den Euro in seiner aktuellen Verfassung erneut spekuliert wird?*

Claudio Celani: Ein anderer Name für Spekulanten sind Finanzmärkte. Letztere haben „Namen, Vornamen und Spitznamen“, wie der Wirtschaftsprofessor Federico Caffé sagte, und führen in der Regel Strategien aus. Wenn die EZB die Finanzmärkte einigermaßen mit Liquidität versorgt und damit für Gewinnchancen sorgt, wird der Euro von Spekulationsattacken verschont bleiben. Aber wenn die Lage außer Kontrolle gerät, gilt nur eine Regel: Hauptsache Gewinne erzielen, auch gegen den Euro.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Ist der Euro besser gegen spekulative Attacken gerüstet, als es die die verschiedenen europäischen nationalen Währungen vor dessen Einführung waren?*

Claudio Celani: Eine spekulative Attacke auf den Euro würde heute nicht in der Form passieren, wie die prä-Euro Attacken gegen Nationale Währungen. Damals wurde darauf spekuliert, dass die Zentralbanken nicht in der Lage wären, ihre Währungen zu verteidigen. Heute braucht Herr Draghi den Wert des Euro überhaupt nicht zu verteidigen, im Gegenteil.

Im Fall einer erneuten Euro-Krise, wie wir sie im Jahr 2011 erlebt haben, könnte auch heute wieder gegen den Euro spekuliert werden. Damals drohte beispielsweise ein Ausscheiden Italiens aus der Einheitswährung. Eine Spekulation gegen die italienischen Staatsanleihen wurde 2011 dazu benutzt, die Italiener zu zwingen, das Troika/EZB-Sparprogramm samt Viceroy Monti zu akzeptieren. Bei einer nächsten Attacke aber würde die Rechnung nicht aufgehen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Im Jahr 1992 mussten wir erleben, dass Spekulanten wie George Soros massiv gegen das britische Fund und die italienische Lira gewettet haben. Was war geschehen?*

Claudio Celani: Man brauchte einen Schock, um in Italien radikale Reformen durchzusetzen, um sicherzustellen, dass Italien als Gründungsmitglied im Euroclub dabei ist. Wäre Italien nicht dabei gewesen, wäre es kaum denkbar gewesen, das Euro-Projekt zu starten.

Um sich als Euro-Mitglied zu qualifizieren, musste Italien nicht nur die Maastricht Konvergenzkriterien erfüllen, sondern auch seinen ganzen Bankensektor liberalisieren sowie die Staatkonzerne privatisieren. Damals betrug der staatliche Sektor mehr als ein Drittel der Wirtschaft. Alle Großbanken, mit der Ausnahme von Banco Ambrosiano, waren Teil des Staatskonglomerats IRI (Istituto per la Ricostruzione Industriale).

Wie man vorgehen sollte, wurde auf einem Treffen an Bord der königlichen Yacht „Britannia“ am 2. Juni 1992 diskutiert. Mario Draghi war dabei, damals General-Direktor des Finanz-(Schatz)Ministeriums, zusammen mit Bankiers der City of London – also den sogenannten „Finanzmärkten“ – und italienischen Politikern sowie Bankiers.

Man hat dieses Treffen auch den „Britannia Plot“ genannt. Kurz danach ist die Spekulationsattacke gegen die Italienische Lira gestartet worden.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Erläutern Sie uns bitte, auf welche Weise Soros gegen diese Währungen spekuliert hat. Wie genau ist er vorgegangen?*

Claudio Celani: Der Rahmen wurde durch die Ratingagentur Moody's gesetzt. Fast gleichzeitig mit der Ernennung von Giuliano Amato als Premierminister Ende Juni hat Moody's das Rating für die italienische Lira abgewertet. In der Erwartung, daß die Banca d'Italia die Lira verteidigt, hat George Soros zusammen mit anderen Akteuren die Spekulationsattacken lanciert. Dank der Hebelwirkung der Derivatwetten, damals wenig bekannt, wusste Soros, dass seine Feuerkraft viel größer war als die der Banca d'Italia und dass er am Ende der Gewinner sein würde. Und so ist es geschehen.

Nachdem sie 48 Milliarden Dollar auf dem Schlachtfeld verloren hatte, hat die Banca d'Italia das Handtuch geworfen. Die Lira wurde um 30 Prozent abgewertet, das größte Sparprogramm der Nachkriegszeit wurde

verabschiedet (damals 100 Billionen Lira) und die Privatisierungen wurden eingeleitet. Last but not least wurde die seit 1936 geltende Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken aufgehoben.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Erläutern Sie uns bitte, was es mit diesem „Britannia Plot“ auf sich hat, den Sie eben erwähnt haben.*

Claudio Celani: Das „Britannia Plot“ wurde von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, obwohl damals zwei große Zeitungen darüber berichtet hatten und die Finanzzeitung „Il Sole 24 Ore“ sogar Draghis Rede veröffentlichte, was das Prinzip des *Purloined Letter* von Edgar Allan Poe sehr gut bestätigt. Bis im Dezember desselben Jahres die EIR Nachrichtenagentur einen Artikel unter dem Titel „*Die anglo-amerikanische Strategie hinter den Privatisierungen*“ veröffentlichte, der das Treffen auf Queen Elisabeths Schiff im Kontext der Destabilisierung Italiens analysierte. Ich war einer der Autoren zusammen mit William Enghdal und Giovanni Cilli. Unter anderem wurde bemerkt, daß die Abwertung der Lira das „Firmenshopping“ in Italien ziemlich günstig gemacht hatte.

Dieser EIR-Artikel war Auslöser von mehreren parlamentarischen Anfragen sowie Zeitungsartikeln und zwang Draghi zu einer Erklärung vor einem Parlamentsausschuss. Draghi konnte seine Beteiligung nicht dementieren. Er verteidigte sich, indem er sagte, er habe seine Rede gehalten, während die „Britannia“ im Hafen von Civitavecchia ankerte, in italienischen Gewässern also, und er sei sofort danach gegangen und habe nicht an der Kreuzfahrt teilgenommen.

Der Punkt ist, dass Draghi in seiner Rede eindeutig klargemacht hatte, dass die Hauptbehinderung zum Aufbau eines Finanzmarktes in Italien das politische System war. Daher ist es korrekt, das Treffen als „Plot“ zu bezeichnen, im Sinne einer „Open Conspiracy“. Wohlbemerkt, Mario Draghi mag es nicht, wenn er „Britannia Boy“ genannt wird, und manche Journalisten, die den Begriff benutzt haben, sahen sich vor Gericht wieder.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Ihre Organisation hat seinerzeit Klage gegen George Soros eingereicht, wegen Insider-Handels. Aufgrund welcher Indizien? Und wie belastbar waren diese?*

Claudio Celani: Es ist schwierig, George Soros auf rechtswidrige Finanzhandlungen festzunageln, denn wie er 1995 in einem Interview mit der „London Times“ sagte, habe er nach Regeln gehandelt, die von anderen bestimmt worden sind: „Wenn die Spekulanten sich bereichern, haben die Gesetzgeber versagt.“

Trotzdem erhob Movisol in 1995 Anklage gegen Soros, mit mehreren Anschuldigungen, unter anderem des Verstoßes gegen Art. 41 der Verfassung, der lautet: „Die Wirtschaftstätigkeit kann nicht gegen die Sozialnützlichkeit oder zum Schaden der Sicherheit, Freiheit und Menschenwürde betrieben werden“, aber auch der Kursmanipulation und des „Insider Tradings“. Für die Formulierung der Klage und der Anschuldigungen stand ihr ein erfahrener Rechtsanwalt bei, Giuseppe De Gori, der die Kleinanleger im Ambrosiano-Prozess verteidigt hatte.

Die Klageschrift bezog sich auf potentielle Insider-Quellen, wie z.B. Gerald Corrigan, der ehemalige Chef der Federal Reserve of New York, der einen „sehr engen und besonderen Kontakt“ zu Soros pflegte. Corrigan verließ die Fed und ging 1994 zu Goldman Sachs.

Eine andere in der Schrift erwähnte potentielle Insiderquelle war Isidoro Albertini, ein „enger Mitarbeiter“ von Soros in Italien. Albertini war ehemaliger Präsident der Börsenmakler (Agenti di cambio) und Vorstandsmitglied von Soros' Quantum Fund.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Woher stammten die Gelder, mit denen Soros gegen die Lira spekulieren konnte?*

Claudio Celani: Dank der Derivathebel konnte Soros mit 50 Millionen Dollar eine Milliarde gegen die Lira wetten und als Leittier die Spekulationswelle führen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Was wissen wir über diesen „Quantum Fund“? Wo ist er ansässig und wie finanziert er sich?*

Claudio Celani: Es besteht der fundierte Verdacht, dass Soros seinen „Quantum Fund“ mit Geldern der Rothschild-Bank aufgebaut hat. Der lässt sich damit begründen, dass mindest drei der ursprünglichen

Vorstandsmitglieder des Funds offiziell für Rothschilds Interessen arbeiteten: Richard Katz, Niels O. Taube und George Karlweiß. Der „Quantum Fund“, oder besser die „Quantum Funds“, sind in den niederländischen Antillen ansässig, einem Steuerparadies. Soros hat keinen einzigen US-Bürger unter seinen Investoren, um zu vermeiden, dass die US-Behörden ihn irgendwann untersuchen könnten.

Das ist bizarr, wenn man überlegt dass Soros' Stiftungen als inoffizieller Arm der US-Außenpolitik funktioniert, indem sie die sogenannten „Colored Revolutions“ massiv finanziert haben. In der Tat, ist Soros kein Agent der US-Regierung, sondern der Britischen Krone. Seine langjährige Freundschaft und Geschäftsbindung mit Mark Malloch-Brown, dem ehemaligen Chef des Foreign and Commonwealth Office, zeugt unter anderem davon. Malloch Brown leitet heute die International Crisis Group, eine „Denkfabrik“, die öfter das State Department und den Auswärtigen Ausschuss des US-Kongresses berät.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Gibt es auch Anhaltspunkte dafür, dass Gelder mafiosen Ursprungs in den „Quantum Fund“ geflossen sind?*

Claudio Celani: Es gibt viele. Einige davon sind: Einer der „Quantum Fund“-Gründer, Georg Karlweiß, hatte ein paar Jahren davor die Karriere von Robert Vesco finanziert, der später in den USA wegen security fraud und Rauschgift-Handel gesucht wurde. Vesco war die US-Verbindung zum „Logistik“-Chef des Medellin-Kartells, Carlos Lehder Rivas.

Ein anderes Mitglied des „Quantum Fund“-Gremiums ist Edgar De Picciotto, einer der mächtigsten Finanziere unseres Planeten. Seine UBP (*Union Bancaire Privée*) war 1994 in einen Geldwäschekandal verwickelt. UBP-Banker Handali wurde 1994 in Miami verhaftet. Die Schweiz sperrte damals wegen Geldwäsche-Verdachts 15 Millionen Dollar auf einem UBP-Konto. Der Swiss-Banker in „Der Wolf von Wall Street“ ist übrigens eine Parodie auf Handali.

Es gab auch Verbindungen zu Marc Rich, der auch in den USA wegen Steuerhinterziehung gesucht und dann begnadigt wurde.

Heute finanziert Soros aggressiv Kampagnen für die Liberalisierung von Drogen. Das Ziel dieser Kampagne, die von vielen liberalen Zirkeln in allen Nationen unterstützt wird, ist aber nicht, die Drogenmafia auszuschalten, sondern diese bedeutende Einnahmequelle des internationalen Bankensystems zu konsolidieren und aufzubauen. Der ehemalige Chef der UN-Drogenbehörde Antonio Maria Costa erklärte 2009 in Interviews, dass 2008 Drogengelder die Banken gerettet hätten. Ein Großteil der Gewinne der Drogenmafia, 352 Milliarden US-Dollar, ist das einzige Investitionskapital gewesen, das noch geflossen ist, während alle Banken in der Liquiditätskrise steckten.

Heute ist das Bankensystem vom Drogengeld abhängig geworden. Diese Einnahmequelle zu befestigen und zu legalisieren, ist das Ziel von Soros' Kampagne.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Ließe sich denn mit Drogen noch so viel Geld verdienen, sollten sie liberalisiert werden? Wären sie dann nicht ein Produkt von vielen wie Kaffee oder Tabak? Wie würde dann die Wertschöpfungskette bei der Drogenproduktion und dem Drogenhandel aussehen und wäre es nicht denkbar, daß dann ganz andere Marktteilnehmer davon profitieren?*

Claudio Celani: Sie haben die Frage schon beantwortet. Es geht um die „Rationalisierung“ der Produktions- und Handelskette, sodass einerseits die Gewinne maximiert werden, andererseits die Ware Rauschgift so wie andere Commodities behandelt wird, inklusive der ganzen Derivatkette.

Der andere Aspekt, den man nicht vernachlässigen sollte, ist, dass die Strategie von Soros heute jener der alten Finanz- und Handelsmächte ähnelt, die den Opium-Krieg im 19. Jahrhundert geführt haben; d.h., sie benutzen heute immer noch die Verbreitung von Drogen, um ganze Nationen zu schwächen und zu erobern. Eine drogenabhängige Bevölkerung ist leicht zu manipulieren und zu steuern.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Sind die Banken nicht vom Zentralbankgeld abhängig geworden?*

Claudio Celani: Das ist die andere Quelle. Die beiden gehören zusammen und der Kreis schließt sich. Soros war ein Vorreiter des Finanzspielkasinos der Welt der Hedge Funds, der Derivatgeschäfte usw. Mittlerweile sind alle

Banken in Hedge Funds und Wettgeschäfte verwickelt. Die Krise von 2008 hat das nicht gebremst: Die Lage ist sogar schlimmer geworden.

Die Verhältnisse stimmen nicht mehr, wie etwa bei der Deutschen Bank mit einem jetzigen Aktienkapital von knapp 20 Milliarden Euro und einer Bilanz von 1,7 Billionen Euro sowie Derivatgeschäften von 52 Billionen(!). Der Fall der anderen „systemrelevanten Banken“ ist nicht anders. Der Zusammenbruch des Systems ist unvermeidbar.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Was ist der Ausweg? Helicopter Money, wie es die EZB scheinbar ernsthaft abwägt?*

Claudio Celani: Nein, Helikoptergeld wird die Lage schlimmer machen. Wir müssen das gescheiterte Modell der Universalbanken ablehnen und das Trennbankensystem nach Glass-Steagall wieder einführen. So lange die Geschäftsbanken und die Investmentbanken unter dem gleichen Dach leben, wird es unmöglich, bankrotte Institute fallen zu lassen. Wenn wir die zwei Sparten dagegen trennen und die reale, Güter produzierende Wirtschaft vom Finanzspielkasino abkoppeln, können wir erstere retten.

Movisol hat zu diesem Zweck seit 2012 eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen für die „Separazione bancaria“ im Italienischen Parlament direkt oder indirekt gesponsert bzw. entworfen. Es gibt im Moment sieben Gesetzentwürfe im Senat und mindestens vier im Abgeordnetenhaus, und zwar von fast allen Parteien. Nur wurde die Legislative – wie in den meisten Euroländern – so sehr der Exekutive unterworfen, und letztere der EU, dass man hier schnell dafür sorgt, dass solche wichtigen Vorschläge nicht zur Debatte kommen.

Sanierte Geschäftsbanken aber brauchen Investitionschancen. Mit anderen Worten, es muss sowohl ein Angebot als auch eine Nachfrage von Investitionskredit her. Das Schlagwort hierfür heißt: öffentliche Infrastrukturprogramme.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: *Die EU hat schon ein Programm. Was halten Sie vom sogenannten Juncker-Plan?*

Claudio Celani: Der Juncker-Plan reicht nicht. Gerade hat die EU-Kommission angekündigt, der erste Teil des Programms sei in Gang gesetzt worden und solle 76 Milliarden Euro Investitionen bringen. In Wirklichkeit sind aber nur 10 Milliarden von der EU da, der Rest muss von Privatinvestoren kommen. Vor allem aber gibt es keine Strategie, keinen Gesamtplan! Es werden nur Einzelprojekte finanziert und dabei meistens kleine, die keine wesentliche makroökonomische Wirkung haben können.

Stattdessen sollte die EU am chinesischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“ teilnehmen und vernünftige Summen für Investitionen in Infrastrukturkorridore zur Verfügung stellen. Der Wiederaufbau Syriens und anderer Länder in Nahost und Nordafrika könnte Teil dieser Strategie sein. Das könnte durch eine Entwicklungsbank finanziert werden, was wiederum erfordert, die ganze EU-Wirtschaftspolitik zu überdenken.

Claudio Celani ist Journalist bei EIR (Co-Redakteur der Newsletter EIR Strategic Alert) und Vize-Vorsitzender von Movisol (Movimento per i Diritti Civili – Solidarietà), des italienischen Zweigs der LaRouche-Bewegung. Movisol ist mit der deutschen Kleinpartei BüSo verbunden. Die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ bezeichnet sich nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) selbst als Teil einer internationalen Bürgerrechtsbewegung, die für die unveräußerlichen Rechte aller Menschen kämpft. Dem Zusammenbruch des Finanzsystems solle demnach durch die Entwicklung eines gerechteren Weltwirtschaftssystems begegnet werden, in dessen Zentrum Deutschland als Motor für die Weltwirtschaft agiere. Eine Rückkehr zur D-Mark fordert die Partei ebenso wie die Schaffung von neuen Nationalbanken.